

Antrag

des Abg. Pascal Haggenmüller u. a. GRÜNE

CSD-Saison 2026 in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Demonstrationen anlässlich des Christopher Street Days (CSD) in Baden-Württemberg im Jahr 2026 stattgefunden haben (bitte unter Nennung des jeweiligen Veranstaltungsorts und der Teilnehmendenzahl);
2. wie sie die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den Veranstalterinnen und Veranstaltern der CSDs in Baden-Württemberg bewertet;
3. wie Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte auf Einsätze bei CSD-Veranstaltungen vorbereitet werden;
4. welche Ziele und Aktivitäten die „Pride and Protect“-Kampagne in Baden-Württemberg umfasst;
5. welche Beratungs- und Unterstützungsangebote den Veranstalterinnen und Veranstaltern im Vorfeld der Veranstaltung durch die Sicherheitsbehörden angeboten werden;
6. welche Versammlungen und Gegenproteste im Zusammenhang mit CSD-Veranstaltungen in Baden-Württemberg stattgefunden haben und welche polizeilichen Maßnahmen hierbei erforderlich wurden;
7. wie sie die Gefährdungslage für CSD-Veranstaltungen in Baden-Württemberg im Jahr 2026 im Vergleich zu den Vorjahren bewertet und welche Entwicklungen dabei besonders relevant waren;
8. ob die Sicherheitskonzepte der Veranstalterinnen und Veranstalter angemessen waren und welche Verbesserungsbedarfe gegebenenfalls im Anschluss an die Veranstaltungen identifiziert wurden;
9. ob es im Zusammenhang mit CSD-Veranstaltungen im Jahr 2026 zu Einschüchterungsversuchen, Bedrohungen oder Hasskriminalität gegen Veranstalterinnen und Veranstalter und Teilnehmende gekommen ist oder kam und falls ja, wo und mit welcher Motivlage;
10. wie viele Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte jeweils bei den einzelnen CSD-Veranstaltungen im Einsatz waren und nach welchen Kriterien die Einsatzstärke festgelegt wurde;
11. wie sie die Zusammenarbeit zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und den Veranstalterinnen und Veranstaltern hinsichtlich möglicher Bedrohungen durch extremistische oder demokratiefeindliche Akteure bewertet;
12. welche Schlussfolgerungen sie aus der CSD-Saison 2026 für die Vorbereitung zukünftiger CSD-Veranstaltungen, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Kommunen und den Veranstalterinnen und Veranstaltern zieht.

5.10.2026

Haggenmüller, Evers, Günter, Dr. Ott, Seifert, Seimer, Sperling GRÜNE

Begründung

In zahlreichen Städten in Baden-Württemberg finden jedes Jahr anlässlich des Christopher Street Days Demonstrationen statt. Vor dem Hintergrund queerfeindlicher Vorfälle in Baden-Württemberg und des Anschlags auf den CSD in Berlin im Juli 2026 stellt sich die Frage, wie CSD-Veranstaltungen in Baden-Württemberg so durchgeführt werden können, dass alle Teilnehmenden sicher sind und sich sicher fühlen. Mit diesem Antrag sollen darum Informationen zur Sicherheitslage, zu Unterstützungsangeboten des Landes und zu gegebenenfalls identifizierten Handlungsbedarfen abgefragt werden.